

Kurzfassung

In Österreich verfügen zur Zeit 13 Prozent der Bevölkerung über Zugang zum Internet und können somit im World Wide Web „surfen“ und einkaufen. Wenngleich Online-Geschäfte in Europa derzeit noch weniger als ein Prozent des gesamten Einzelhandelsvolumens ausmachen, werden dem Internethandel im Allgemeinen (E-Commerce) wie auch dem elektronischen Handel von Arzneimitteln (E-Pharma) dramatische Umsatzzuwächse prognostiziert. Doch gegen den Bezug von Arzneimitteln aus dem Internet bestehen aus Sicht sowohl des Konsumentenschutzes als auch der Gesundheitspolitik zahlreiche Bedenken.

Deshalb wurde das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) vom Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BMAGS), dem jetzigen Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG), beauftragt, eine Studie über den Arzneimittelvertrieb im Internet zu erstellen. Kernbereiche der Arbeit bilden eine empirische Untersuchung von Anbietern im World Wide Web und Testbestellungen von Arzneimitteln, die in der Folge einer pharmakologischen Prüfung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel unterzogen wurden. Anhand brisanter Fallbeispiele zeigt die vorliegende Studie drastisch Gefahren des E-Pharma auf.

Recherchen mittels Suchmaschinen ergaben, dass den potentiellen Konsumenten Millionen Webseiten zu E-Pharma zur Verfügung stehen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden rund 150 Adressen von E-Pharma Shops - das sind Anbieter von Arzneimitteln oder ähnlichen Produkten im Internet - identifiziert, hinter denen sich jedoch, wie eine detaillierte Überprüfung ergab, de facto nur zirka 100 Anbieter verbargen. Darunter fanden sich Herbal Shops mit Wellness-Produkten und äußerst dubiose Underground Shops, bei denen Suchtgifte wie Opiate, Narkotika oder Designer-Droger bezogen werden können. Einige Adressen stellten sich als „Mittler“ heraus, die auf Internetapotheken weiterverwiesen. Die meisten Geschäfte waren aber klassische Internetapotheken, die Arzneimittel - schwerpunktmäßig Lifestyle-Produkte wie das Potenzmittel Viagra, die Abnehmpille Xenical, das Nikotinentwöhnungsmittel Zyban und die gegen Haarausfall eingesetzten Propecia-Tabletten - zum Verkauf anboten. Wie im Falle von Viagra und Zyban werden somit Arzneimittel, die in Österreich rezeptpflichtig bzw. nicht zugelassen sind, frei verkauft.

Nischen im World Wide Web ermöglichen dubiosen Anbietern, zweifelhafte Geschäfte im Internet innerhalb kurzer Zeit aufzuziehen - und schnell wieder zu schließen. Jeder siebte Anbieter hatte bereits zwei bis drei Monate später „seine Zelte“ wieder abgebrochen. Verschleierungstaktik als Geschäftsphilosophie konnte bei zahlreichen Anbietern im Internet festgestellt werden. Trotz umfangreicher Recherchen konnte bei einem Drittel der untersuchten E-Pharma Shops nicht einmal der Firmensitz eruiert werden; die Hälfte der übrigen virtuellen Geschäfte war in den USA angesiedelt.

Der Einkauf von Arzneimitteln im Internet wird den Konsumenten leicht gemacht: Häufig stellen der Besitz einer Kreditkarte und die Bereitschaft, eine Haftungsausschlusserklärung zu akzeptieren, die einzigen Voraussetzungen dar. Ärztliche Verordnungen sind fast nie erforderlich. Bei knapp 40 Prozent der untersuchten Internetapotheken muss zwar eine Online-Konsultation bei einem Cyber-Doc absolviert werden, was aber nur finanziellen Mehrauf-

wand für die extra verrechnete Leistung bedeutet, aber keine Qualitätssicherung bietet. Denn bei der Online-Konsultation haben die Konsumenten im Allgemeinen lediglich einen Fragebogen zu ihrer Person und gesundheitlichen Situation auszufüllen, wobei manchmal die „richtigen“, das heisst, zum Kauf führenden Antworten bereits vorgegeben sind. Von Vorteil sind Englischkenntnisse, weil vier von fünf Anbietern nur auf Englisch auftreten.

Beim Arzneimittelvertrieb im Internet werden die Konsumenten kaum bzw. falsch informiert. Über 90 Prozent der untersuchten Internetapotheken stellten keine Fachinformation zu den angebotenen Arzneimitteln zur Verfügung, gaben keine oder unzureichende Hinweise auf Risiken und Nebenwirkungen und machten falsche Angaben zur Indikation. Das Antidepressivum Prozac wurde als „Happy Pill“ verkauft, der Beta-Blocker Propranolol gegen Lampenfieber beworben und das Alzheimer-Mittel Piracetam als „Intelligenzbeschleuniger“ angepriesen. Das Hormonpräparat DHEA soll überhaupt gegen Alzheimer, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Osteoporose, Multiple Sklerose und Diabetes vorbeugen.

Wenngleich Bestellungen im Internet relativ einfach plaziert werden können, erwarten die Konsumenten in der Folge unangenehme Überraschungen. Von 27 aufgegebenen Testbestellungen wurden nur 18 bedient - und diese meist auch nur nach mehreren Urgenzen. Vier der 18 Lieferungen wurden falsch ausgeführt: mit einem anderen als dem bestellten Produkt bzw. in einer falschen Menge oder Wirkstoffkonzentration. Laut einer arzneimittelanalytischen Untersuchung besteht bei einem Produkt Verdacht auf Eigenherstellung, und bei mindestens einem weiteren gelieferten Arzneimittel konnte bislang die Zusammensetzung nicht geklärt werden. Trotz der Ankündigung einer prompten Lieferung müssen Wartezeiten von bis zu zehn Wochen in Kauf genommen werden, bis die Sendungen - in äußerst bedenklichen Verpackungen - zugestellt werden. Bei der Einfuhr nach Österreich können die Arzneimittel vom Zoll kontrolliert werden; ein Aufgriff kann verwaltungs-, in manchen Fällen sogar finanzstrafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Zusätzlich zu diesen Ärgernissen fallen relativ hohe Ausgaben bei Bestellungen im Internet an. Neben dem Preis für das Arzneimittel müssen die Konsumenten die Online-Konsultation - zwischen USD 50,- und 85,- (ATS 745,- bis 1.270,- / € 54,- bis 92,-) und beachtliche Versandkosten bezahlen. Ein Preisvergleich für sieben probetestellte Arzneimittel, die auch in Österreich erhältlich sind, kam zu dem Ergebnis, dass der legale Bezug von Arzneimitteln in österreichischen Apotheken in allen Fällen weitaus günstiger als der Kauf im Internet war.

Die vorliegende Studie kann als ein „Pharma-Krimi“ verstanden werden, der die zahlreichen Risiken des Arzneimittelvertriebs im Internet aufzeigt. Um diesen Gefahren Einhalt zu bieten, sind länderübergreifende Lösungen unter Einbindung mehrerer Akteure erforderlich. Da das Internet nationale Grenzen sprengt, sollte auf der internationalen Ebene eine für das World Wide Web anwendbare Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit geschaffen werden. Konkret für Österreich wird vorgeschlagen, den in den USA beschrittenen Weg der Zertifizierung von seriösen Internetapotheken zu diskutieren. Mit einer Monitoring- bzw. Meldestelle könnte auf Entwicklungen in Bezug auf Gesundheits- und Arzneimittelinformation im Internet rascher reagiert werden. Vorrangig auf dem Programm stehen sollte die Aufklärung der Konsumenten - etwa mittels einer Informationsbroschüre über die Gefahren der Arzneimittel aus dem Internet.